

# Inhaltsübersicht

Einleitung	23
1. Teil	
Die Entwicklung des zivilrechtlichen Spruchkörpers bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges	27
2. Teil	
Die Entwicklung des Spruchkörpers Erster Instanz nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den Reformen der 1960er und 1970er Jahre	79
3. Teil	
Die Reformen der 1960er und 1970er Jahre	89
4. Teil	
Die Zivilprozessreform 2002	225
5. Teil	
Bewertung und Ausblick	263
Anlage I	267
Anlage II	289
Quellenverzeichnis	299
Literaturverzeichnis	301

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
1. Teil: Die Entwicklung des zivilrechtlichen Spruchkörpers bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges	27
A. Die Ausgangslage vor Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze	27
I. Der Partikularismus	27
II. Norddeutscher Bund und Gründung des Deutschen Reiches 1871	30
B. Die Reichsjustizgesetze	32
I. Die Regelungen des Gerichtsverfassungsgesetzes	33
II. Die Regelungen der CPO	34
C. Die Reformbestrebungen bis zur sog. „Amtsgerichtsnovelle“	35
I. Der Vorschlag von Schellings und die Novelle von 1895	35
II. Der 26. Deutsche Juristentag 1902 in Berlin	36
III. Die Idee von Adickes	37
1. Weniger Richter in höheren Stellungen	37
2. Kritik	40
IV. Die Amtsgerichtsnovelle von 1909	41
V. Der 3. Deutsche Richtertag von 1913 sowie der 21. Deutsche Anwaltstag vom 12. und 13. September 1913	41
1. Der 3. Deutsche Richtertag	42
2. Der 21. Deutsche Anwaltstag in Breslau	43
D. Die Entwicklung bis zur so genannten „Emminger-Novelle“ von 1924	44
I. Der Erste Weltkrieg	44
II. Die ersten Jahre der Weimarer Republik	44
1. Innere Instabilität und Zivilrechtspflege	44
2. Das Wiederaufleben der Reformbestrebungen	47
3. Der gesetzgeberische Kampf gegen die Inflation	48
E. Die „Emminger-Novelle“ vom 13. Februar 1924	49
I. Die Notverordnungen vom 22. Dezember 1923 sowie vom 4. Januar 1924	49
II. Die Emminger-Novelle vom 13. Februar 1924	51
1. Die Einschränkung der Parteiherrschaft	51

2. Die Stärkung der prozessualen Stellung des Richters	51
3. Die Einführung des Verfahrens vor dem Einzelrichter	52
4. Kritik	53
F. Die Entwicklung bis Ende des Zweiten Weltkrieges	54
I. Die Einführung des Arbeitsgerichtsgesetzes	54
II. Das Wiederaufleben des Interesses an der Zivilprozess-Reform	55
1. Der Vorschlag von Eugen Schiffer zur Durchführung einer Reform	55
2. Reaktionen und Kritik	56
III. Krise und Ende der Weimarer Republik	57
1. Der Ausbau des Einzelrichtersystems als Sparmaßnahme	58
2. Reaktionen und Kritik	58
a) Der Widerstand gegen das „Gelegenheitsgesetz“	58
b) Das Scheitern des Gesetzentwurfs des Reichsjustizministeriums	59
3. Die Notverordnungen vom Dezember 1930 und Oktober 1931	59
a) Die 1. Notverordnung vom Dezember 1930	59
b) Die 3. Notverordnung vom Oktober 1931	60
c) Weitere Notverordnungen	61
4. Der ZPO-Entwurf von 1931	61
IV. Der Nationalsozialismus	65
1. Die Zivilrechtspflege und nationalsozialistische Staatsauffassung	65
2. Die Reformideen der Nationalsozialisten	65
a) Der Prozess als Dienst an der Volksgemeinschaft	65
b) Die Organisation der Spruchkörper	66
3. Die Prozessreform	66
a) Die Novelle von 1933	67
b) Die Novelle von 1934	67
c) Die Reformarbeit der Akademie für Deutsches Recht	68
aa) Die Arbeit des Ausschusses für Bürgerliche Rechtspflege	69
bb) Die Einrichtung der „Ämter“, insbesondere das Amt „Neuordnung der Gerichtsverfassung“	71
(1) Das Modell Curt Rothenbergers	71
(2) Die Einrichtung der „Ämter“	73
d) Die Kriegsmaßnahmen-Verordnungen vom 12. Mai 1943 und 27. September 1944	74
e) Die Unterbrechung und Ende der Reformarbeiten	76
G. Zusammenfassung	77

2. Teil: Die Entwicklung des zivilrechtlichen Spruchkörpers nach Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den Reformen der 1960er und 1970er Jahre	79
A. Die Rechtszersplitterung nach Ende des Zweiten Weltkrieges	79
B. Die Staatsgründung	80
C. Die Kommission zur Vorbereitung einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit	82
I. Die Auffassung Hornigs	83
II. Das Referat Heusingers	84
III. Richtergehilfen und Beteiligung von Laien	86
IV. Die Leitsätze und Empfehlungen der Kommission	86
V. Stellungnahme	87
D. Die Idee eines dreistufigen Gerichtsaufbaus	87
3. Teil: Die Reformen der 1970er Jahre	89
A. Die Kommission für das Zivilprozessrecht	89
I. Die Zusammensetzung der Kommission	89
II. Die Referate	90
1. Das Referat des Senatspräsidenten Bott	90
a) Einführung des Einzelrichters als Entscheidungsorgan anstelle des Prozessgerichts ohne Änderung des GVG	92
b) Reform der Bestimmungen über den Einzelrichter nach den Vorstellungen des Deutschen Richterbundes	93
c) Grundsätzliche Beibehaltung der bisherigen Regelung in Anlehnung an den Entwurf von 1931	95
d) Einschränkung der Befugnisse des Einzelrichters	96
e) Stellungnahme	97
2. Das Korreferat des Rechtsanwalts Deuchler	98
a) Einschränkung und Abschaffung des Kollegialgerichts als Anachronismus	98
b) Die Vorschläge Deuchlers	100
aa) Prozessbeginn	100
bb) Einzelrichtertermin auf Antrag des Klägers oder von Amts wegen	100
cc) Antrag des Beklagten auf Verweisung an das Prozessgericht	101
dd) Verweisung und Zurückverweisung	101
ee) Erweiterung der Befugnisse des Einzelrichters	102

ff) Einzelrichterentscheidung in zweiter Instanz	102
c) Stellungnahme	103
III. Die Beratungen der Kommission über das Sachgebiet 20: „Einzelrichter“ von April bis Oktober 1970	103
1. Die 13. Sitzung der Kommission für das Zivilprozessrecht vom 14. bis 17. April 1970	103
a) Die Beibehaltung des Einzelrichters	104
b) Die Entscheidungsbefugnis des Einzelrichters	104
aa) Auffassung der Minderheit	105
bb) Auffassung der Mehrheit	105
cc) Ergebnis der Beschlussfassung	106
c) Die Zuweisung an den Einzelrichter	106
aa) Prozessbeginn direkt vor dem Einzelrichter oder vor der Kammer	106
(1) Auffassung der Minderheit	106
(2) Auffassung der Mehrheit	107
(3) Ergebnis der Beschlussfassung	107
bb) Entscheidungskompetenz über die Frage der Zuweisung an den Einzelrichter	108
(1) Auffassung der Minderheit	108
(2) Auffassung der Mehrheit	108
(3) Ergebnis der Beschlussfassung	108
cc) Entscheidung über die Zuweisung ohne mündliche Verhandlung im Beschlusswege	109
(1) Auffassung der Minderheit	109
(2) Auffassung der Mehrheit	109
(3) Ergebnis der Beschlussfassung	110
d) Möglichkeit der Rückverweisung an die Kammer	110
aa) Auffassung der Minderheit	110
(1) Möglichkeit der Rücknahme	110
(2) Voraussetzungen für die Zurückverweisung	111
bb) Auffassung der Mehrheit	111
cc) Ergebnis der Beschlussfassung	112
e) Bestimmung der Person des Einzelrichters	112
aa) Auffassung der Mehrheit	112
bb) Auffassung der Minderheit	113
cc) Ergebnis der Beschlussfassung	113
f) Der Einzelrichter in der Berufungsinstanz sowie der Revisionsinstanz	113
aa) Berufungsinstanz	113

bb) Revisionsinstanz	114
g) Der Einzelrichter bei besonderen Spruchkörpern	114
2. Die 14. Sitzung der Kommission für das Zivilprozessrecht vom 6. bis 9. Oktober 1970	114
a) Die Beratungen der Formulierungskommission	115
aa) Der Einzelrichter bei der Zivilkammer	115
(1) § 348 Abs. 1 des Formulierungsvorschlags	116
(2) § 348 Abs. 2 des Formulierungsvorschlags	118
(3) § 348 Abs. 3 des Formulierungsvorschlags	118
(4) § 349 des Formulierungsvorschlags	118
(5) § 350 des Formulierungsvorschlags	119
(6) § 351 des Formulierungsvorschlags	120
(7) § 523 a des Formulierungsvorschlags	120
(8) § 557 a des Formulierungsvorschlags	121
bb) Der Einzelrichter an der Kammer für Baulandsachen	121
cc) Der Einzelrichter an der Kammer für Handelssachen	121
dd) Ergebnis der Beratungen der Formulierungs-	
kommission für das Sachgebiet 20 „Einzelrichter“	123
b) Die Beratungen der Vollkommission	123
aa) § 348 Abs. 1	123
(1) Der Begriff der „Angemessenheit“	123
(a) Auffassung der Minderheit	123
(b) Auffassung der Mehrheit	124
(c) Ergebnis der Beschlussfassung	124
(2) Kriterien für die Übertragung auf den Einzelrichter	125
(3) Gesetzlicher Richter	125
bb) § 348 Abs. 2 und Abs. 3	125
cc) § 350	126
(1) Zulassung der Rückübertragung	126
(a) Auffassung der Minderheit	126
(b) Auffassung der Mehrheit	126
(c) Ergebnis der Beschlussfassung	127
(2) Kriterien für die Rückübertragung	127
dd) § 349	128
ee) § 351	128
ff) § 352	129
gg) § 524	129
hh) Ergebnis der Beratungen der Vollkommission für das	
Sachgebiet 20 „Einzelrichter“	131
3. Zusammenfassung	131

IV. Exkurs: Das Stuttgarter Modell	133
V. Der Kommissionsentwurf eines Gesetzes zur Änderung der ZPO	136
1. Anlaufphase des Prozesses	138
2. Terminvorbereitung	140
3. Prozessförderungspflicht	141
B. Die gescheiterte Beschleunigungsnovelle zur ZPO (1969–1972)	142
I. Der Inhalt des Gesetzentwurfes	142
II. Die Kritik an dem Gesetzentwurf	146
1. Die Kritik der Richterschaft	146
2. Die Kritik der Anwaltschaft	148
3. Die so genannte Freiburger Erklärung	149
4. Die Kritik Rolf Benders	152
5. Reaktionen der Regierung auf die Kritik	154
a) Reaktionen auf die Kritik der Rechtsanwaltschaft	154
b) Reaktionen auf die Kritik Benders	155
III. Die Beratungen des Entwurfes im Bundesrat und im Bundestag sowie in deren Rechtsausschüssen, insbesondere die Frage der Änderung der §§ 348 ff. ZPO	156
1. Die Behandlung des Entwurfes im Bundesrat	157
a) Die Sitzung des Unterausschusses des Rechtsausschusses des Bundesrates und der Vorschlag Schleswig-Holsteins (25. Februar 1970)	157
b) Die weitere Behandlung des Entwurfes im Rechtsausschuss und im Plenum des Bundesrates (4. und 20. März 1970)	158
2. Die Beratungen des Deutschen Bundestages	159
3. Die Behandlung des Entwurfes im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages	161
a) Die Sachverständigenanhörung	161
aa) Der Fragenkatalog	161
bb) Die Sachverständigen	162
cc) Die Stellungnahmen der Sachverständigen	162
(1) Die Auffassung Rogges	163
(2) Die Auffassung Benders	164
(3) Die Auffassung Deuchlers, Schusters und Kalthoeners	165
(4) Die Auffassung Braxmaiers	165
(5) Die Auffassung Bettermanns	165
b) Die Gesamttendenz	166
4. Das Scheitern des Gesetzes	166
C. Das Entlastungsgesetz vom 20. Dezember 1974 und die Vereinfachungsnovelle vom 3. Dezember 1976	166

I. Ausgangslage	167
II. Die Beratungen der Wertgrenzennovelle und der Einzelrichternovelle im Bundestag und im Bundesrat sowie in deren Rechtsausschüssen	168
1. Erste Lesung der Wertgrenzennovelle und der Einzelrichternovelle im Bundestag sowie erste Beratungen des Rechtsausschusses des Bundestages	168
a) Wertgrenzennovelle	168
aa) Inhalt	168
bb) Vorlage gemäß Art. 76 GG bei der Bundesregierung und Einbringung in den Bundestag	169
cc) 48. Sitzung des Bundestages 1973 (13. September 1973)	170
dd) 20. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages	170
b) Einzelrichternovelle	175
aa) Inhalt	175
bb) Stellungnahme der Bundesregierung nach Art. 76 GG und Einbringung in den Bundestag	177
cc) 80. Sitzung des Bundestages (15. Februar.1974)	179
2. Die Zusammenfassung von Wertgrenzen- und Einzelrichternovelle in der 44. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (6. November 1974)	179
a) Zusammenfassung der Entwürfe	179
b) Ein Formulierungsvorschlag des Bundesjustizministeriums als Ausgangspunkt	180
c) Die Beratungen	183
aa) § 348 Abs. 1 ZPO	183
bb) § 384 Abs. 2. ZPO	185
cc) § 348 Abs. 3 ZPO	186
dd) Vorbereitender Einzelrichter	187
ee) vorbereitender Einzelrichter in der Berufungsinstanz	189
ff) Zusammenfassung	192
3. Das so genannte Entlastungsgesetz im Unterausschuss des Rechtsausschusses sowie im Rechtsausschuss des Bundesrates am 12. und 13. November 1974	192
a) Die Sitzung des Unterausschusses des Rechtsausschusses des Bundesrates vom 12. November 1974	192
b) Die 413. Sitzung des Rechtsausschusses des Bundesrates (13. November 1974)	193
4. Die 2. und 3. Lesung in der 31. Sitzung des Deutschen Bundestages (14. November 1974)	193



5. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses in der 414. Sitzung des Bundesrates am 29. November 1974 sowie die Verhandlungen des Vermittlungsausschusses	194
a) Die 414. Sitzung des Bundesrates am 29. November 1974	194
b) Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss	196
6. Die 136. Sitzung des Deutschen Bundestages (12. Dezember 1974)	198
7. Inkrafttreten	199
III. Die Beratungen des Regierungsentwurfes zur so genannten Vereinfachungsnovelle von 1975	199
1. Inhalt des Entwurfes und Kritik	199
a) Inhalt	199
b) Kritik und Reaktionen	201
aa) Richterbund	201
bb) Reaktionen der Bundesregierung auf die Kritik des Deutschen Richterbundes	203
2. Stellungnahme des Bundesrates nach Art. 76 GG und Einbringung in den Bundestag	204
3. Die Beratungen der so genannten Vereinfachungsnovelle im Bundestag sowie in dessen Rechtsausschuss	205
a) Die erste Lesung in der 134. Sitzung des Bundestages (5. Dezember 1974)	205
b) Die Behandlung des Entwurfes im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages	206
aa) Die Frage nach der Kürzung der Novelle	206
bb) Die 71. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (18. September 1975)	208
cc) Die 91., 94. und 96. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages (10. März sowie 1. und 7. April 1976)	208
4. Die zweite und dritte Lesung des Entwurfes am 3. Juni 1976 sowie die weiteren Beratungen des neu vorgelegten Entwurfes	209
D. Das Entlastungsgesetz und das Vereinfachungsgesetz in der Praxis	211
I. Die Entlastungsnovelle	212
1. Der Einzelrichter	212
2. Die Anhebung der Wertgrenzen sowie die Änderung der Protokollvorschriften	220
a) Anhebung der Wertgrenzen	220
b) Änderung der Protokollvorschriften	221
II. Die Vereinfachungsnovelle	221

4. Teil: Die Zivilprozessreform 2002	225
A. Ausgangspunkt für eine weitere Reform	225
I. Das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993	226
1. Der Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege	226
a) Der Gesetzentwurf vom 24. Mai 1991	226
b) Der Antrag des Landes Schleswig-Holstein vom 3. Juli 1991	228
c) Der Antrag Hamburgs vom 4. Juli 1991	229
2. Kritik der Richter- und Anwaltschaft	229
3. Erste Beratungen in der 633. Sitzung des Bundesrates (5. Juli 1991)	230
4. Kritik der Bundesregierung	230
5. Erste Lesung des Entwurfs im Bundestag (14. November 1991) und Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages	231
a) Erste Lesung des Entwurfes am 14. November 1991	231
b) Bericht des Rechtsausschusses	231
6. Zweite und dritte Lesung des Entwurfes im Bundestag (27. November 1992)	232
7. Die 650. Sitzung des Bundesrates (18. Dezember 1992)	232
8. Inkrafttreten	232
9. Auswirkungen	232
II. Der 61. Deutsche Juristentag in Karlsruhe 1996	233
III. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe	234
B. Der Referentenentwurf vom 23. Dezember 1999	235
I. Die Ziele des Entwurfes	236
II. Die Einführung des originären Einzelrichters erster Instanz	236
III. Der entscheidende Einzelrichter in der Berufungsinstanz	237
IV. Kritik	237
C. Der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 4. Juli 2000 sowie der Regierungsentwurf vom 24. November 2000	239
I. Der Entwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen	239
1. Ziele des Entwurfes	239
a) Der originär zuständige Einzelrichter	240
b) Neukonzeption des Rechtsmittelrechts	241
2. Die weitere Behandlung des Fraktionsentwurfes	242
II. Der Regierungsentwurf vom 24. November 2000	243
1. Ziele des Gesetzentwurfes	243
2. Stellungnahme des Bundesrates	244

3. Die weiteren Beratungen des Entwurfes in Bundestag und Bundesrat sowie den jeweiligen Rechtsausschüssen	250
a) Die erste Lesung am 1. Dezember 2000 im Plenum des Bundestages	250
b) Die Beratungen des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages	250
aa) Die 68. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 6. Dezember 2000	251
bb) Die 80. Sitzung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 9. Mai 2001	252
c) Die zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfes am 17.05.2001	254
d) Die Entscheidung über die Anrufung des Vermittlungsausschusses	255
e) Verkündung und Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Zivilprozesses	257
D. Das Gesetz zur Reform des Zivilprozesses von 2002 in der Praxis	257
I. Das Reformgesetz in der Wahrnehmung der Praxis	259
II. Die Ergebnisse der Evaluation	262
E. Zusammenfassung	263
 5. Teil: Bewertung und Ausblick	 263
 Anlage I	 267
1. Formulierungsvorschlag der Formulierungskommission der Kommission für das Zivilprozessrecht vom 5. Oktober 1970	267
2. Das Ergebnis der Beratungen der Vollkommission der Kommission für das Zivilprozessrecht	270
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Wertgrenzen in der Gerichtsbarkeit (Wertgrenzennovelle) aus März 1973	272
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zivilprozessordnung (Einzelrichternovelle) aus Oktober 1973	274
5. Der Regierungsentwurf aus Spätsommer 1974	276
6. Formulierungsvorschlag der Bundesregierung aus September/Oktober 1974	278
a) Formulierungsvorschlag A	278
b) Formulierungsvorschlag B	279
7. Entlastungsgesetz vom 20. Dezember 1974	281
8. Das Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11. Januar 1993	284

9. Das ZPO-Reformgesetz 2002 .....	284
Anlage II .....	289
1. Justizministerinnen und Justizminister .....	289
a) Bucher, Dr. Ewald .....	289
b) Däubler-Gmelin, Dr. Herta .....	289
c) Jahn, Gerhard .....	290
d) Neumayer, Dr. Fritz .....	291
2. Mitglieder der Kommission für das Zivilprozessrecht .....	291
3. Mitglieder des Rechtsausschusses des Bundesrates .....	295
4. Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages .....	296
Quellenverzeichnis .....	299
Literaturverzeichnis .....	301